



Halbleere Gemeinderäte als Szenario für die Zukunft?

TRENDS UND LOKALE MUSTER DES KANDIDATURVERHALTENS
BEI DEN KOMMUNALWAHLEN IN SACHSEN (2014-2024)

ASTRID LORENZ
HENDRIK TRÄGER
PAULINE FELL

1. Einleitung

Regelmäßig schlagen Medien Alarm, wenn bei Gemeinderatswahlen weniger Personen auf dem Stimmzettel stehen, als Sitze zu vergeben sind, Parteien oder Wählervereinigungen also Probleme damit haben, Freiwillige für eine Kandidatur zu gewinnen, und deshalb Gemeinderatssitze unbesetzt bleiben.¹ Mitglieder von Gemeinderäten berichten deutschlandweit von einem Nachwuchsproblem.² Offensichtlich schafft das Recht auf freie Wahlen nicht automatisch Freiwillige für die ehrenamtliche Mitarbeit in der örtlichen Volksvertretung. Damit wird wertvolles Potenzial an Impulsen, Ideen, Interessen, Kritik und Lob aus der lokalen Community für die Gestaltung der Kommune nicht ausgeschöpft.

Denn wer in Deutschland im Gemeinderat³ als dem gewählten „Vertretungsorgan der Bürgerschaft“ (Rehfeld-Staudt & Rellecke 2010: 292) sitzt, kann mitbestimmen – wenngleich nur in einem begrenzten Rahmen: Die Kommunen sind eine eigenständige Verwaltungsebene, fallen aber in den Zuständigkeitsbereich ihres Landes und müssen viele Entscheidungen des Bundes und des Landes umsetzen (Völkl 2025: 3). Gerade deshalb wird in den Gemeinderäten oft intensiv diskutiert, um die eigenen Gestaltungsspielräume genau zu prüfen und zu nutzen sowie um Lösungen zu finden, die nah an den Interessen der Menschen vor Ort sind.

Analyse für Sachsen

Vor diesem Hintergrund analysieren wir für die Wahlen in allen kreisangehörigen Kommunen in Sachsen seit 2014, ob Gemeinderatssitze auch dort zunehmend leerbleiben, ob es regionale oder lokale Muster der Kandidaturbereitschaft gibt und durch welche Faktoren diese beeinflusst werden. Stellen sich beispielsweise in Flächengemeinden mit vielen Ortsteilen und

langen Wegen zum Rathaus weniger Menschen zur Wahl als in kompakten Kommunen? Anhand von zwei Beispielen können die (räumlichen) Unterschiede der Städte und Gemeinden in Sachsen verdeutlicht werden: In Grimma im Landkreis Leipzig wohnen in 64 Ortsteilen auf 218 Quadratkilometern knapp 28.000 Menschen, in Rathen in der Sächsischen Schweiz in nur zwei Ortsteilen auf knapp vier Quadratkilometern ungefähr 300. Oder schlägt beim Kandidaturverhalten für die Gemeinderatswahlen eher zu Buche, ob es einer Kommune wirtschaftlich gut geht und sie mehr Geld für freiwillige Aufgaben hat, so dass man im Gemeinderat deutlich sichtbar etwas bewirken kann?

Zur Beantwortung der genannten Fragen erhoben wir die Anzahl der zu vergebenden Mandate sowie der Kandidierenden pro Wahlvorschlagsträger für alle kreisangehörigen Städte und Gemeinden in Sachsen bei den vergangenen drei Kommunalwahlen (2014, 2019, 2024). Im Jahr 2014 gab es 431 Kommunen; 2024 waren es – infolge von Eingemeindungen und Fusionen – 415.⁴ Die genutzten Informationen des Statistischen Landesamtes des Freistaats Sachsen ergänzten wir um eine Reihe von Daten zu möglichen Einflussfaktoren aus verschiedenen öffentlich verfügbaren Quellen. Leitend für die Auswahl war der aktuelle Forschungsstand zu Gemeinderäten in Deutschland und Europa. Die entsprechenden Daten werteten wir statistisch aus.⁵

Neue Erkenntnisse

Im Folgenden zeigen wir zunächst, dass die Zahl der Menschen, die bereit sind, sich ehrenamtlich im Gemeinderat zu engagieren, seit 2014 auch in Sachsen im statistischen Mittel sank. Allerdings galt dies nicht überall; mancherorts stieg die Zahl der Kandidaturen bei den letzten Gemeinderatswahlen (2024) sogar deutlich. Dabei gab es tendenziell kein regionales Muster der Kandidaturbereitschaft (etwa: Westsachsen vs. Ostsachsen), sondern große lokale Unterschiede auf kleinem Raum. Damit rücken

1 Z.B. <https://www.swr.de/swraktuell/kommunalwahl-rlp-bw-2024-demokratie-im-dorf-vor-dem-aus-100.html>; <https://www.merkur.de/lokales/wolfratshausen/wolfratshausen-ort29708/kommunalwahl-bayern-immer-weniger-wollen-kandidieren-parteien-suchen-dringend-stadtrats-bewerber-93618270.html>.

2 Bei einer Umfrage stimmten 2025 61 Prozent der Befragten dieser Aussage zu (Forsa 2025).

3 Wir sprechen gemäß der sächsischen Gemeindeordnung (§§ 27ff. SächsGemO) grundsätzlich vom „Gemeinderat“ und unterscheiden nur dort, wo es um konkrete Kommunen geht, zwischen Gemeinde- und Stadträten.

4 Für die von Eingemeindungen oder Fusionen betroffenen Kommunen wurden die Daten zusammengefasst, damit der Datensatz auf dem Gebietsstand am Ende unseres Untersuchungszeitraum ist.

5 Herzlich danken wir Dr. Mario Hesse für die Bereitstellung der Daten zu den allgemeinen Deckungsmitteln der Kommunen in Sachsen, Dr. Lars Vogel für seine Anmerkungen zu unseren Regressionsmodellen, Christopher Pollak für seine Beteiligung an der Erstellung des Datensatzes und der Erstellung der Karten sowie Jule Brandl für ihre Unterstützung bei der Datenrecherche.

soziodemografische und andere Gegebenheiten in den einzelnen Kommunen als mögliche Ursachen in den Blick.

Solche Ursachen zu kennen, ist wichtig, um abzuschätzen, wie sich die Kandidaturquote künftig entwickeln könnte. In Abschnitt 3 skizzieren wir unter Verweis auf vorliegende Studien, welche Faktoren entscheidend sein könnten. In Abschnitt 4 erläutern wir ihre Erklärungskraft für Sachsen auf Basis unserer statistischen Analysen und zeigen, dass sie zwar die aktuellen lokalen Muster der Kandidaturbereitschaft gut begründen, nicht jedoch die Veränderungen im Zeitverlauf. Es folgt ein Fazit mit Hinweisen dazu, was die Ergebnisse für die Kommunen bedeuten.

2. Kein generelles Absinken der Kandidaturbereitschaft

Die letzten Gemeinderatswahlen in Sachsen fanden am 9. Juni 2024 statt – gleichzeitig mit der Europawahl (wie seit 1994 üblich) und ungefähr ein Vierteljahr vor der Landtagswahl. Im Gegensatz zu anderen Bundesländern (z. B. Nordrhein-Westfalen) wurden nicht gleichzeitig die (Ober-)Bürgermeisterinnen bzw.

(Ober-)Bürgermeister gewählt.⁶ Bei der Verhältniswahl mit offenen Listen konnten jeweils drei Stimmen vergeben werden; eine Sperrklausel gab es nicht. Kandidieren durften Erwachsene ab 18 Jahren.

Wie viele Personen sich in den Gemeinderat wählen lassen wollten, variierte erheblich zwischen den einzelnen Kommunen – auch im Zusammenhang mit deren Bevölkerungszahl. Um dennoch einen ersten Überblick über die Kandidaturbereitschaft in Sachsen zu geben, ist ein Blick auf die absoluten Zahlen sinnvoll (Tabelle 1). Die Bandbreite der Freiwilligen reichte von sieben in Gohrisch (Landkreis Sächsische Schweiz-Osterzgebirge) und Quitzdorf am See (Landkreis Görlitz) bis hin zu 242 in Zwickau im gleichnamigen Landkreis. In fünf Gemeinden standen jeweils weniger als zehn Personen auf dem Stimmzettel. Diese liegen alle im Landkreis Görlitz⁷ beziehungsweise im

6 Das liegt daran, dass die Gemeinderäte für fünf Jahre gewählt werden, während die Amtszeit der (Ober-)Bürgermeisterinnen und (Ober-)Bürgermeister sieben Jahre beträgt (§ 33 Abs. 1 und § 51 Abs. 3 Satz 1 SächsGemO).

7 Im Landkreis Görlitz betrifft das Kreba-Neudorf, Mücka und Quitzdorf am See. Alle drei Kommunen liegen in unmittelbarer Nachbarschaft zueinander, sodass es insofern eine regionale Clusterung gibt.

Landkreis	N	Anzahl der Bewerberinnen und Bewerber			Bewerberinnen und Bewerber pro Sitz im Gemeinderat		
		Min.	Max.	MW	Min.	Max.	MW
Bautzen	57	10	108	30,9	0,8	3,6	1,9
Erzgebirgskreis	59	11	136	34,8	1,1	6,2	2,0
Görlitz	53	7	123	25,4	0,6	4,1	1,6
Leipzig	30	18	96	42,2	1,4	4,2	2,3
Meißen	28	16	133	46,9	1,1	5,1	2,4
Mittelsachsen	52	11	168	35,0	0,9	6,5	2,0
Nordsachsen	30	11	149	40,5	0,9	5,0	2,2
Sächsische Schweiz-Osterzgebirge	36	7	142	35,5	0,6	5,5	2,0
Vogtlandkreis	37	12	104	31,4	1,2	3,5	1,9
Zwickau	33	13	242	46,0	1,1	5,0	2,3
Sachsen	415	7	242	35,5	0,6	6,5	2,0

Tabelle 1: Kandidaturverhalten bei den Gemeinderatswahlen 2024, Quelle: eigene Darstellung.

Min.: niedrigster Wert; Max.: höchster Wert; MW: arithmetisches Mittel (Mittelwert).

Lesebeispiel: Bei den Gemeinderatswahlen in den 53 Kommunen des Landkreises Görlitz traten durchschnittlich 25,4 Personen an, wobei die Bandbreite von 7 bis 123 reichte. Pro Sitz im Gemeinderat gab es durchschnittlich 1,6 Bewerberinnen und Bewerber; die Werte für die einzelnen Kommunen variierten zwischen 0,6 und 4,1.

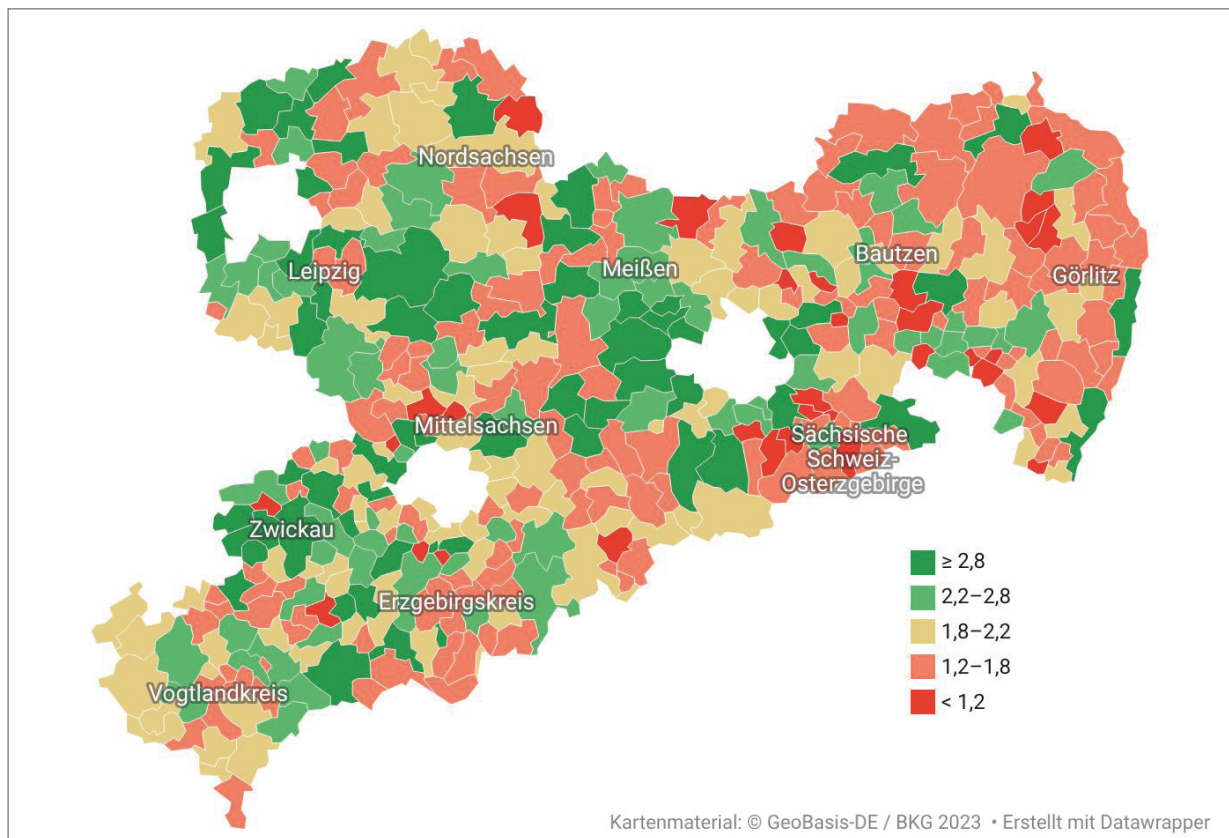


Abbildung 1: Anzahl der Kandidaturen pro Gemeinderatssitz (2024) auf Ebene der kreisangehörigen Gemeinden in den jeweils angegebenen Landkreisen, Quelle: eigene Darstellung.

Landkreis Sächsische Schweiz-Osterzgebirge⁸, sind ländlich geprägt und haben weniger als 2.000 Einwohnerinnen und Einwohner.

Wahlen mit und ohne Wettbewerb

Wenn man allerdings die Zahl der Kandidaturen pro Gemeinderatssitz vergleicht, ergibt sich für die Wahlen 2024 kein landesweites Muster. Diese Kennzahl berücksichtigt, dass sich die sächsischen Gemeinderäte – wie die jeweiligen Kommunen – hinsichtlich ihrer Größe stark unterscheiden. Während beispielsweise in Rathen lediglich zehn Mandate zu vergeben waren, hat der Zwickauer Stadtrat 48 Sitze. Die Kandidaturquote gibt Auskunft darüber, wie stark der Wettbewerbsdruck auf die Kandidierenden ist bzw. wie groß die Chance ist, gewählt zu werden.

In den kreisangehörigen Kommunen konkurrierten 2024 durchschnittlich zwei Personen pro Gemeinderatssitz (Kandidaturquote 2,0). Landesweit variierte die

Kandidaturquote zwischen 0,6 und 6,5, was auf große lokale Unterschiede verweist. Nach Landkreisen ausgewertet, gab es in fünf von ihnen jeweils mindestens eine Kommune, in der jede kandidierende Person gewählt wurde, die mindestens eine Stimme erhielt (Kandidaturquote bis 1,0; Tabelle 1). In insgesamt 14 Gemeinden hatten die Wahlen überhaupt keinen Wettbewerbscharakter, denn die Zusammensetzung des Gemeinderates stand letztlich bereits vor der Wahl fest.

Anschauliche Beispiele sind die erwähnten Kommunen Gohrisch und Quitzdorf am See. Dort stand angesichts der niedrigen Zahl von lediglich sieben Kandidierenden für zwölf Sitze – was einer Quote von 0,6 Kandidaturen pro Mandat entsprach – bereits vor der Wahl fest, dass mehr als 40 Prozent der Sitze unbesetzt bleiben würden. Daraus ergab sich tatsächlich das titelgebende Szenario eines halbleeren Gemeinderats.

Allerdings betraf das Szenario einer Wahl ohne Wettbewerbsdruck und mit teils leerbleibenden Ratssitzen 2024 nur 14 Gemeinden und damit 3,4 Prozent der 415

⁸ Im Landkreis Sächsische Schweiz-Osterzgebirge betrifft das Gohrisch und Rathen.

kreisangehörigen Kommunen. Elf der 14 Kommunen liegen in Ostsachsen, bilden aber auch dort nur eine Minderheit, so dass man nicht von einer regionalen Clusterung sprechen kann: Fünf der 36 Gemeinden (13,9 Prozent) im Landkreis Sächsische Schweiz-Osterzgebirge⁹, vier von 53 Kommunen (7,5 Prozent) im Landkreis Görlitz¹⁰ und zwei der 57 Gemeinden (3,5 Prozent) im Landkreis Bautzen¹¹. Die drei anderen Fälle liegen in Mittelsachsen (Mühlau, Sayda) und Nordsachsen (Arzberg).

In den Landkreisen Mittelsachsen, Nordsachsen und Sächsische Schweiz-Osterzgebirge war die Spannweite der lokalen Werte sehr groß. Es gab jeweils mindestens eine Kommune mit einer sehr hohen sowie mit einer sehr niedrigen Kandidaturquote (Tabelle 1 und Abbildung 1).

Beim Vergleich der Mittelwerte für die zehn Landkreise bestätigt sich weitgehend die schon für die absolute Zahl der Kandidaturen beobachtete hohe lokale Streuung ohne regionales Muster (Tabelle 1). Die Landkreise Meißen, Zwickau, Leipzig und Nordsachsen wiesen überdurchschnittlich hohe Werte – also eine über dem landesweiten Mittelwert liegende Zahl an Interessierten pro Gemeinderatssitz – auf. Demgegenüber lagen die Landkreise Görlitz und Bautzen sowie der Vogtlandkreis (wie schon mit Blick auf die absolute Zahl der Kandidaturen) unterhalb des landesweiten Mittelwertes.

Es gibt zwar keine regionalen Muster im Sinne klarer Unterschiede zwischen größeren Gebieten, aber bei genauerer Betrachtung deutet sich eine Streuung nach dem Status der Gemeinde als Mittel- respektive Oberzentrum bzw. Große Kreisstadt oder als „einfache“ Kommune an: Die Kandidaturquote war mit Döbeln (Mittelsachsen; 6,5), Aue-Bad Schlema (Erzgebirgskreis; 6,2), Pirna (Sächsische Schweiz-Osterzgebirge; 5,5), Meißen (im gleichnamigen Landkreis; 5,1), Delitzsch (Nordsachsen; 5,0) und Zwickau (im gleichnamigen Landkreis; 5,0) in solchen Kommunen am höchsten, die – unabhängig von der konkreten Bevölkerungszahl – entweder Mittel- oder Oberzentrum

sowie Große Kreisstädte¹² sind. Dort bewarben sich um jeden Sitz im Stadtrat mindestens fünf Personen. Dies ermöglichte den Bürgerinnen und Bürgern eine weit größere Auswahl in Bezug auf die personelle und parteipolitische Zusammensetzung des Stadtrates.

Kandidaturbereitschaft nimmt nicht überall ab

Deutet sich nun ein Trend leerer werdender Gemeinderäte an? Die Zahl der Kandidaturen sank im Vergleich der sächsischen Gemeinderatswahlen 2014, 2019 und 2024 tatsächlich leicht um 2,1 Prozent, aber die Zahl der Kandidierenden pro Gemeinderatssitz veränderte sich kaum (+0,8 Prozent).¹³ Auch hinsichtlich der zeitlichen Entwicklung bestehen erhebliche Unterschiede zwischen den Kommunen selbst innerhalb einzelner Landkreise (Tabelle 2), sodass der Mittelwert der großen Streuung der lokalen Kandidaturbereitschaft bei weitem nicht gerecht wird. So sank beispielsweise die Zahl der Kandidaturen im Landkreis Leipzig in Borsdorf zwischen 2014 und 2024 um 49 Prozent, während sie in Großpösna um 116 Prozent stieg. Und im Erzgebirgskreis nahm die Kandidaturquote in Jöhstadt in unserem Untersuchungszeitraum um 62 Prozent ab, während sie in Gornsdorf um knapp 118 Prozent stieg.¹⁴

Geradezu gegensätzliche lokale Trends

Für die einzelnen Kommunen ergeben sich unterschiedliche, teils geradezu gegensätzliche Trends: Neben den bereits genannten Beispielen Jöhstadt (Erzgebirgskreis; starker Rückgang) und Gornsdorf (ebenfalls Erzgebirgskreis; starker Anstieg) verdeutlichen auch die Mittelwerte der Kommunen in den einzelnen Landkreisen die starke lokale Varianz.

9 Im Landkreis Sächsische Schweiz-Osterzgebirge betraf das Gohrisch, Müglitztal, Lohmen, Rathen und Stadt Wehlen.

10 Im Landkreis Görlitz betraf das Kreba-Neudorf, Mücka, Oppach und Quitzdorf am See.

11 Im Landkreis Bautzen betraf das Göda und Neukirch.

12 Zu den mehr als 50 Großen Kreisstädten gehören in Sachsen (1) alle Kommunen, die gegenwärtig Verwaltungssitz eines Landkreises sind oder dies vor einer Kreisgebietsreform waren, (2) ehemalige kreisfreie Städte sowie (3) „Gemeinden mit mehr als 17.500 Einwohnern“ (§ 3 Abs. 3, Satz 1 SächsGemO). Alle sechs im Text genannten Kommunen waren entweder gegenwärtig Kreissitze (Meißen, Pirna, Zwickau) oder hatten diesen Status bis zur Kreisgebietsreform im Jahr 2008 inne (Aue-Bad Schlema, Delitzsch, Döbeln).

13 Die unterschiedliche Höhe der Veränderung der Anzahl der Kandidaturen und der Kandidaturen pro Gemeinderatssitz kommt dadurch zustande, dass sich die Anzahl der zu vergebenden Sitze im Verlauf unseres Untersuchungszeitraums veränderte.

14 Solche prozentualen Berechnungen neigen allerdings bei kleinen Fallzahlen zu einer Überzeichnung relativer Veränderungen.

Landkreis	N	Minimum (in %)		Maximum (in %)		Differenz (in %-Pkt.)		arith. Mittel (in %)	
		Zahl	Quote	Zahl	Quote	Zahl	Quote	Zahl	Quote
Bautzen	57	-43,5	-43,4	120,0	120,0	163,5	163,4	-2,0	+1,8
Erzgebirgskreis	59	-66,7	-61,9	117,6	117,6	184,3	179,5	-1,5	-1,5
Görlitz	53	-50,0	-51,4	76,9	68,8	126,9	120,2	-8,4	-6,7
Leipzig	30	-49,0	-44,7	116,0	116,0	165,0	160,7	-4,9	+3,4
Meißen	28	-35,5	-35,5	57,5	57,5	93,0	93,0	+2,2	+4,5
Mittelsachsen	52	-65,8	-65,8	54,5	71,2	120,3	137,0	-10,2	-6,7
Nordsachsen	30	-44,4	-44,4	100,0	100,0	144,4	144,4	+9,2	+8,2
Sächs. Schw.-Osterz.	36	-57,7	-57,7	91,7	91,7	149,4	149,4	+1,0	+3,9
Vogtlandkreis	37	-65,9	-59,0	78,9	78,9	144,8	137,9	-4,8	-0,8
Zwickau	33	-30,1	-30,1	81,3	81,3	111,4	111,4	+7,8	+9,0
Sachsen	415	-66,7	-65,8	120,0	120,0	186,7	185,8	-2,1	+0,8

Tabelle 2: Veränderung der Kandidaturen und Kandidaturquote 2014-2024 nach Landkreisen, Quelle: eigene Darstellung.

Zahl: absolute Anzahl der Kandidierenden; Quote: Anzahl der Kandidierenden pro Gemeinderatssitz.

Lesebeispiel: In den 57 Kommunen des Landkreises Bautzen sank die Anzahl der Kandidierenden im Durchschnitt (siehe „arith. Mittel“) um 2,0 Prozent, während die Quote um 1,8 Prozent stieg. Die Varianz zwischen den einzelnen Kommunen des Landkreises beträgt 163,5 bzw. 163,4 Prozentpunkte (siehe „Differenz“), weil die Gemeinde mit dem größten Rückgang eine Veränderung um -43,5 bzw. -43,4 Prozent (siehe „Minimum“) aufweist, während die Gemeinde mit dem stärksten Anstieg eine Veränderung um jeweils +120,0 Prozent (siehe „Maximum“) verzeichnete.

Die Städte und Gemeinden in den Landkreisen Mittelsachsen (-10,2 %), Görlitz (-8,4 %) und Leipzig (-4,9 %) sowie im Vogtlandkreis (-4,8 %) sind im Durchschnitt mit einem über dem landesweiten Mittelwert liegenden Rückgang der absoluten Anzahl der Kandidaturen konfrontiert. Für den Landkreis Bautzen (-2,0 %) und den Erzgebirgskreis (-1,5 %) liegt der jeweilige Mittelwert auf dem Niveau des Freistaates. Demgegenüber konnten die Kommunen in den Landkreisen Nordsachsen (9,2 %), Zwickau (7,8 %), Meißen (2,2 %) und Sächsische Schweiz-Osterzgebirge (1,0 %) – wenn gleich in unterschiedlichem Maße – einen Anstieg verbuchen (Tabelle 2).

Diese Entwicklungstrends ergeben kein klares regionales Muster: Sowohl von einem überdurchschnittlichen Rückgang als auch von einem Anstieg der Kandidaturen sind Orte in allen Landesteilen betroffen, darunter großstadtnahe Kommunen ebenso wie weiter entlegene Gemeinden (Abbildung 2).

Es gibt also eine große Streuung innerhalb der zehn Landkreise (Abbildung 2). Während in zwei Landkreisen (Zwickau und Nordsachsen) mindestens die Hälfte der Städte und Gemeinden einen Anstieg von

Kandidaturen verbuchen konnte, sind die Städte und Gemeinden in den anderen Landkreisen mehrheitlich mit einem Rückgang konfrontiert. In den Landkreisen Mittelsachsen und Görlitz traten sogar in ungefähr zwei Drittel der Kommunen 2024 weniger Personen als zehn Jahre zuvor bei den Kommunalwahlen an. Die Zunahme bzw. der Rückgang der Kandidaturbereitschaft fiel aber jeweils ganz unterschiedlich stark aus.

Mehr Wettbewerbsdruck in der Nähe von Großstädten

Statt einer regionaltypischen Ausprägung der Kandidaturentwicklung nach einzelnen Landesteilen deutet sich bei den Kommunen ein Muster je nach ihrer räumlichen Nähe zu einer Großstadt an, v. a. beim Blick auf die Zahl der Kandidaturen pro Gemeinderatssitz. Fünf der sechs Landkreise mit einer gestiegenen Kandidaturquote grenzen entweder an Leipzig oder an Dresden und damit an die administrativen Zentren und urbanen Ballungsräume des Freistaats Sachsen. Die Landkreise mit sinkender Quote tun dies – mit Ausnahme des Landkreises Zwickau – nicht (Abbildung 3).

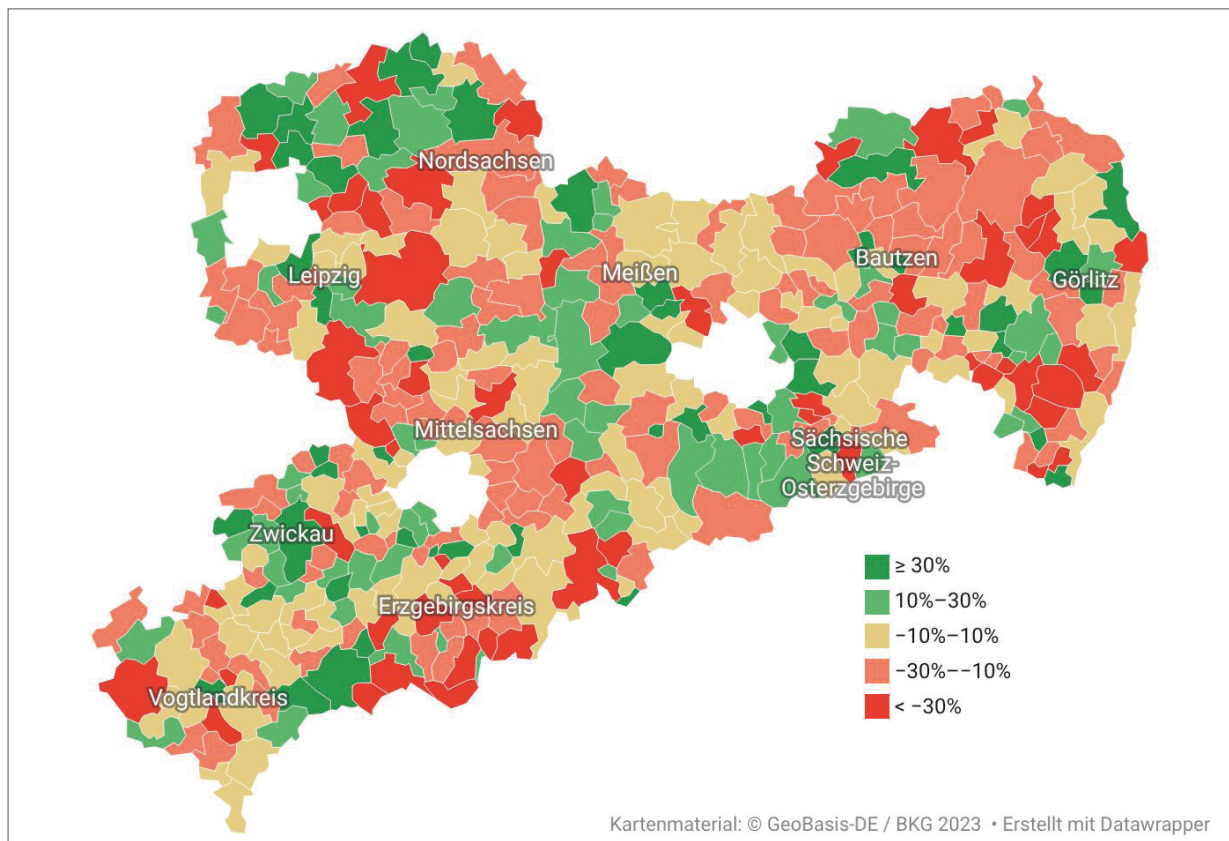


Abbildung 2: Entwicklung bei der absoluten Anzahl der Kandidaturen (2014-2024) auf Ebene der kreisangehörigen Gemeinden in den jeweils angegebenen Landkreisen, Quelle: eigene Darstellung.

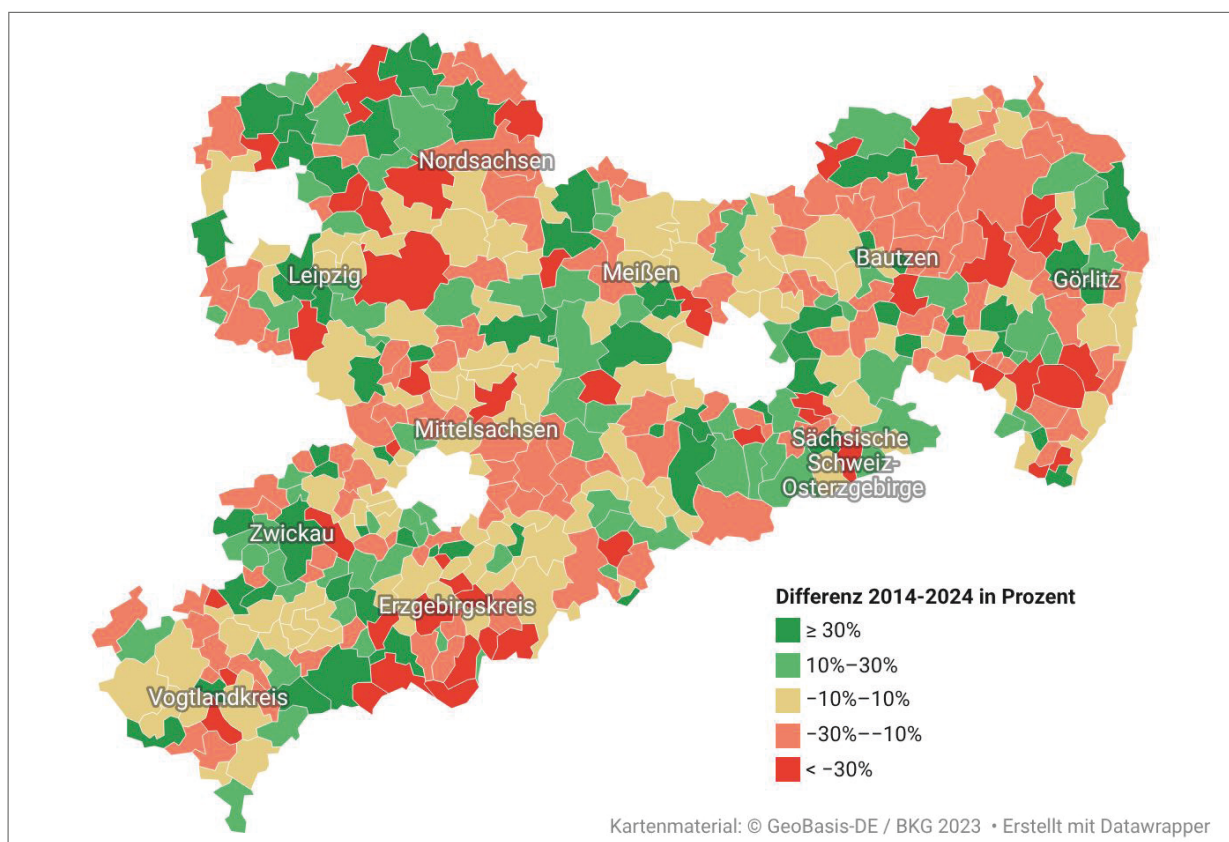


Abbildung 3: Entwicklung der Kandidaturen pro Gemeinderatssitz (2014-2024) auf Ebene der kreisangehörigen Gemeinden in den jeweils angegebenen Landkreisen, Quelle: eigene Darstellung.

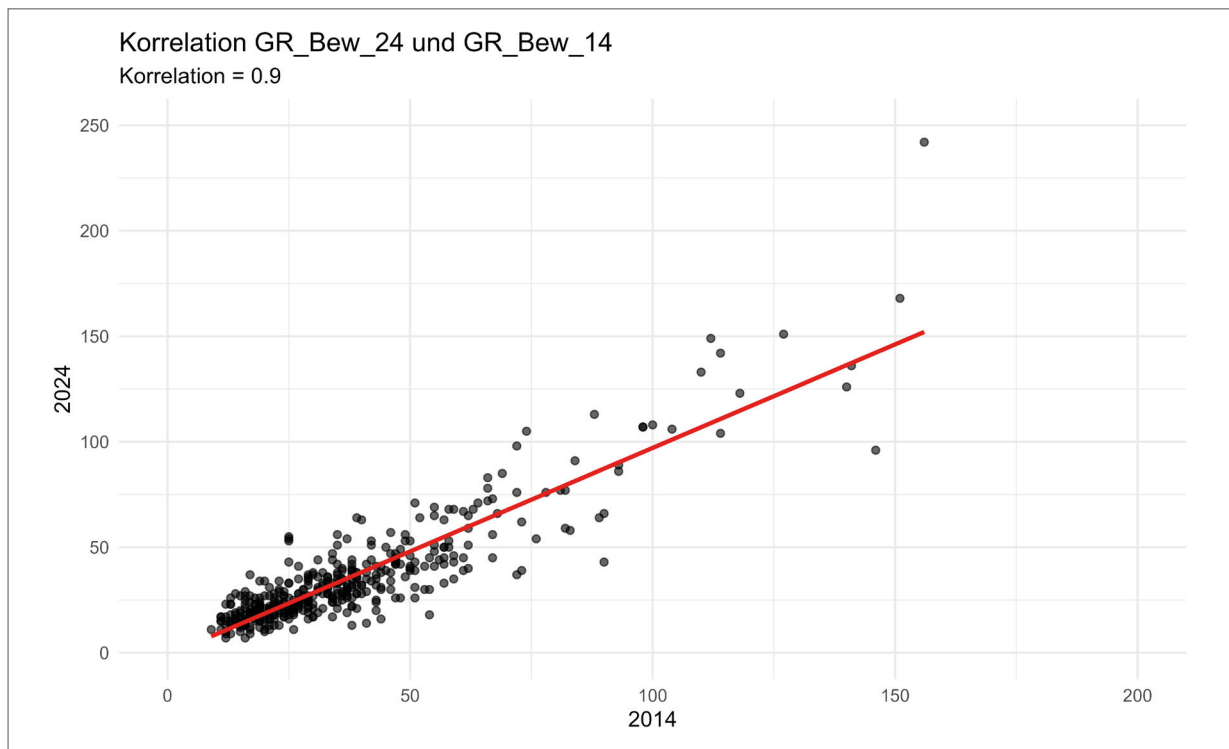


Abbildung 4: Anzahl der Kandidaturen für den Gemeinderat 2014 und 2024, Quelle: eigene Darstellung.

Genauer aufgeschlüsselt, stieg die Kandidaturquote in den Landkreisen Sächsische Schweiz-Osterzgebirge, Zwickau und Leipzig jeweils in mehr als der Hälfte der Städte und Gemeinden. Demgegenüber sank sie in den Landkreisen Görlitz, Mittelsachsen und Bautzen sowie im Erzgebirgskreis und im Vogtlandkreis in mehr als der Hälfte der Kommunen. Eine ambivalente Situation gab es in den Landkreisen Meißen und Nordsachsen. Dort wiesen jeweils 50 Prozent der Kommunen eine sinkende oder eine steigende Kandidaturquote auf (Abbildung 3).

Verstetigte lokale Unterschiede

Bemerkenswert ist, dass es 2014 und 2024 tendenziell dieselben Städte und Gemeinden waren, die hohe oder niedrige Kandidaturzahlen bzw. -quoten aufwiesen. Abbildung 4 verdeutlicht dies exemplarisch für die Anzahl der Kandidaturen in jeder kreisangehörigen sächsischen Kommune in den beiden Jahren.¹⁵ Sowohl

in Bezug auf die absolute Bereitschaft, sich im Gemeinderat zu engagieren, als auch in Bezug auf den Wettbewerbsdruck scheint es stabile Grundtendenzen vor Ort zu geben.

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass die Kandidaturbereitschaft in Sachsen sinkt, aber eben nicht überall. Statt nach Erklärungen für größere Regionen sollte man nach Erklärungen für die ausgeprägten Unterschiede zwischen den Kommunen innerhalb von Landkreisen beziehungsweise einer Region suchen, um die künftige Entwicklung abschätzen zu können.

3. Forschungsstand: kandidaturbegünstigende und -hemmende Faktoren

In der Forschung werden Gemeinderatskandidaturen und ehrenamtliches Engagement in Europa überwiegend mithilfe eines individuellen Kosten-Nutzen-Modells zu erklären versucht (exemplarisch: Collignon & Rüdig 2021). Menschen wägen demnach die Kosten eines möglichen Engagements (z. B. den zeitlichen Aufwand für die Ratsmitgliedschaft) gegenüber dem Nutzen (z.B. Einfluss auf die Stadtentwicklung und soziale Anerkennung) ab. Angenommen wird auch, dass sich die Zusammensetzung von Vertretungsorganen

15 Für die Anzahl der Kandidaturen beträgt der Korrelationskoeffizient 0,9, für die Kandidaturquote 0,7. Dieser Koeffizient misst den Grad des linearen Zusammenhangs zwischen zwei Merkmalen (Tausendpfund 2018: 175) – in unseren Beispielen zwischen der Anzahl der Kandidaturen bzw. der Kandidaturquote, jeweils in den Jahren 2014 und 2024. Er kann nur Werte zwischen -1,0 (starker negativer Zusammenhang) und +1,0 (starker positiver Zusammenhang) annehmen.

aus der Wechselbeziehung zwischen der Nachfrage (was gewünscht wird) und der Angebotsseite (wer zur Kandidatur bereitsteht) ergibt (Norris & Lovenduski 1993; Gulzar 2021).

In einer ortsvergleichenden Perspektive ist daher anzunehmen, dass es in einer Gemeinde mit einem hohen Anteil von Menschen mit einem engagementbegünstigenden Profil auch mehr Kandidaturen für den Gemeinderat gibt. Dasselbe gilt für einen Ort, in dem lokale Gegebenheiten die Kosten-Nutzen-Rechnung positiv beeinflussen. Zu solchen kandidaturbegünstigenden lokalen Gegebenheiten lassen sich eine gute Erreichbarkeit und Finanzausstattung der Kommune rechnen. Im Folgenden stellen wir potenziell wichtige Einflussfaktoren vor, für die ortsgenaue Daten vorliegen.¹⁶ Nur dies ermöglicht eine statistische Überprüfung von Annahmen.

Alter. Laut einer repräsentativen Befragung von Gemeinderäten in Deutschland aus dem Jahr 2025 nahm die Bereitschaft zu einer erneuten Kandidatur mit dem Alter der Befragten ab (Forsa 2025). Auch das allgemeine freiwillige Engagement reduziert sich in Deutschland ab dem Alter von 65 Jahren. Dies wird in der Engagementforschung darauf zurückgeführt, dass ältere Menschen weniger gesund und mobil sind oder es Altersgrenzen gibt (Kausmann et al. 2019: 68ff.). Auch jüngere Volljährige sind weniger freiwillig engagiert, weil sie außerhalb von Großstädten aufgrund ihrer Ausbildung und erster Karriereschritte, die über Jahre hinweg mit einer erhöhten Auswärtsmobilität einhergehen, oft weniger zeitlich flexibel vor Ort sind (Schmidt 2024; Skora et al. 2024). Auch die Phase der Familiengründung ist bei Berufstätigkeit mit einer geringeren Abkömmlichkeit verbunden (Kausmann et al. 2019: 69). Demnach sollte die Kandidaturbereitschaft in Kommunen mit einem hohen Altersdurchschnitt niedriger ausfallen.

Engagement. Die Forschung zum ehrenamtlichen Engagement in Deutschland zeigt, dass diejenigen, die sich ohnehin gesellschaftlich engagieren, oft auch daran interessiert sind, kommunalpolitisch Einfluss zu nehmen (Olk & Gensicke 2014: 234). Sie sind sozial gut eingebunden und teilweise mit politisch Aktiven vernetzt (Burkhardt et al. 2019: 154f.; Arriagada &

Tesch-Römer 2022: 273). Deshalb werden sie vielleicht in stärkerem Maße als andere darauf angesprochen, ob sie für den Gemeinderat kandidieren wollen. In Deutschland wird nahezu die Hälfte der Engagierten (bei Personen unter 30 Jahren sogar mehr als die Hälfte) durch leitende Personen in Vereinen und Verbänden für das Engagement gewonnen, heißt es in einem Sachverständigenbericht (BT-Drs. 20/14120: 111). Freiwillig Engagierte sind außerdem politisch aktiver als der Bevölkerungsdurchschnitt, haben ein positiveres Bild von der Politik und sind zufriedener mit der Demokratie (Burkhardt et al. 2019: 152; Simonson et al. 2022: 6f.). Dies kann Berührungsängste reduzieren und die Bereitschaft der Gefragten steigern, ein entsprechendes Angebot anzunehmen, selbst wenn sie nicht Mitglied einer Partei sind. Anzunehmen ist also, dass es in Kommunen mit einer höheren Engagementquote anteilig mehr Menschen gibt, die bereit sind, für den Gemeinderat zu kandidieren.

Bevölkerungs- und Ortsentwicklung. Wenn in der Forschung der Einfluss regionaler Faktoren auf die Politik diskutiert wird, dann geht es meist darum, dass in einem soziodemografisch benachteiligten Wohnort eine größere Unzufriedenheit mit der Politik herrscht sowie die Wahrnehmung verbreitet ist, dass „die Eliten“ die Interessen bestimmter Bevölkerungsgruppen ignorieren (Fiorentino et al. 2024; Lago 2022; Rodríguez-Pose 2018). Kommunen, die aufgrund von Abwanderung und sinkenden Geburtenraten mit einem Bevölkerungsrückgang sowie einem höheren und weiterhin steigenden Durchschnittsalter der Einwohnerinnen und Einwohner konfrontiert sind, werden oft als Zentren der Unzufriedenheit bezeichnet (Cremaschi et al. 2025). Die Unzufriedenheit mit der Situation vor Ort kann zu einer Art „innerer Emigration“ und politischer Apathie beitragen. In einer 2020 erschienenen Analyse zeigte sich eine besonders geringe Neigung zu politischer Partizipation in den Landkreisen Brandenburgs, Sachsens und Thüringens, die in Bezug auf die Bevölkerungsentwicklung nach 1990 und ihre Erwerbstätigenentwicklung seit 2007 im unteren Drittel lagen (Brachert et al. 2020: 20f.). Für Kommunen mit solchen lokalen Gegebenheiten ist zu erwarten, dass der Anteil von Kandidaturwilligen niedriger als andernorts ist.

¹⁶ Daher erläutern wir nicht Überlegungen zu Unterschieden nach Geschlecht, Bildungsgrad oder Gewalterfahrungen.

Erreichbarkeit eines Mittel-/Oberzentrums. In Mittel- und Oberzentren, in denen sich Angebote der öffentlichen Daseinsvorsorge, mittelständische Unternehmen, Banken, Kanzleien und Verbandsvertretungen konzentrieren, leben mehr Menschen mit einem engagementförderlichen beruflichen Profil. Dazu gehört ein höherer Anteil von Menschen mit einem höheren Bildungsgrad und einer gewissen Abkömmlichkeit, die eine (v.a. terminlich-organisatorische) Vereinbarkeit der Erwerbstätigkeit mit einem (stärkeren) politischen Engagement erleichtert (Herzog 1975). Eine solche Abkömmlichkeit ist insbesondere bei einer Tätigkeit in Verbänden, im Öffentlichen Dienst¹⁷ und im Büro (u. a. Anwaltskanzlei) zu erwarten. Personen mit einem entsprechenden Profil zeigen oft ein hohes Eigeninteresse an einer guten Stadtentwicklung und sind entsprechend motiviert, im Gemeinderat mitzuwirken (Geys et al. 2022). Sie haben ggf. schon in ihrem Beruf mehr mit Entscheidungen der Kommune bzw. des Gemeinderates zu tun und könnten dieses Wissen dann auch für die Arbeit in der Kommunalpolitik nutzen, sodass es ihnen leichter als anderen fällt, an Informationen zu gelangen.¹⁸ In Kommunen, die weiter von Mittel- und Oberzentren entfernt sind, leben weniger Menschen mit dem beschriebenen Tätigkeitsprofil. Deshalb ist Folgendes zu erwarten: Je schneller ein Mittel- oder Oberzentrum zu erreichen ist, desto höher ist der Anteil der Kandidaturwilligen.

Pendeln. Menschen, die aus beruflichen Gründen regelmäßig auspendeln müssen, verwenden viel Zeit für die Arbeitswege (Mocanu et al. 2021), sodass weniger Zeit für das ehrenamtliche kommunalpolitische Engagement aufgewendet werden kann. Zudem sind sie aufgrund der zeitlichen Beanspruchung möglicherweise weniger in lokale Netzwerke eingebunden, die den Zugang zu kommunalpolitisch Aktiven und den Informationsfluss begünstigen. Darüber hinaus hat das Pendeln Auswirkungen auf Angehörige, die ihrerseits mehr Zeit aufwenden müssen, um die reduzierte

Mithilfe der Person etwa in der Familienarbeit auszugleichen; sie verfügen daher ihrerseits über weniger zeitliche Ressourcen für ehrenamtliches Engagement. Je höher der Anteil der Pendler ist, desto niedriger ist daher vermutlich der Anteil der Kandidaturwilligen.

Wirtschaftliche Situation der Kommune. Ein weiterer potenziell wichtiger Erklärungsfaktor für die Bereitschaft, sich kommunalpolitisch zu engagieren, ist die wirtschaftliche Situation einer Gemeinde. In ökonomisch bessergestellten Kommunen gibt es tendenziell mehr sichere Erwerbsmöglichkeiten. Eine stabile, sichere Einkommensquelle begünstigt Studien zufolge außerberufliches Engagement (Deutscher Bundestag 2024: 7, 142ff.; Krimmer 2019: 76ff.). Zudem gibt es in wirtschaftsstarken Kommunen mehr Gewerbetreibende, die beruflich mit Entscheidungen der Kommune bzw. des Gemeinderates zu tun haben und – wie bereits oben beschrieben – dieses Wissen dann auch für die Arbeit in der Kommunalpolitik nutzen können, sodass die Kosten der Informationsbeschaffung niedriger als bei anderen Personen sind. Ferner haben Unternehmerinnen und Unternehmer vermutlich oft ein intrinsisches Interesse an einer guten Stadtentwicklung, weil sie beispielsweise die Personalgewinnung erleichtert, und engagieren sich unter Umständen daher besonders im Gemeinderat. Erfassen lässt sich die Wirtschaftslage über den BBSR-Index für wirtschaftlich wachsende und schrumpfende Gemeinden, die Gewerbesteuererlöse pro Kopf sowie die Beschäftigtenquote.

Finanzkraft. Die wirtschaftliche Situation einer Kommune hat auch Auswirkungen auf die Finanzkraft der Städte und Gemeinden. Finanziell sind die Kommunen weitgehend von Steuereinnahmen abhängig, die ihnen Bund oder Länder für die Ausführung bestimmter Aufgaben zweckgebunden zuweisen.¹⁹ In Bezug auf die Verwendung dieser Mittel bestehen also nur geringe lokale Handlungsspielräume. Anders ist die Situation bei freiwilligen Aufgaben, die für die Stadtentwicklung (z.B. Unterhaltung von Freibädern) genutzt werden können. Für diese bedarf es allerdings eigener bzw. nicht zweckgebundener Einnahmen. Ihre Höhe lässt sich über die Allgemeinen Deckungsmittel (ADM) der Kommune erfassen. Mangelt es an frei verfügbaren

17 In Sachsen ist die Mitgliedschaft im Gemeinderat zwar gemäß § 32 der Sächsischen Gemeindeordnung nicht mit bestimmten Tätigkeiten bzw. Positionen im öffentlichen Sektor vereinbar, bei denen Interessenkonflikte eintreten könnten (z.B. Angestellte der Gemeinde, Kommunaufsicht, Rechnungshof/Prüfung). Die Unvereinbarkeitsregelungen gelten allerdings nicht für alle Tätigkeiten im Öffentlichen Dienst.

18 In einer 2023 durchgeführten repräsentativen Umfrage wurden Hemmnisse für ein kommunalpolitisches Engagement erfragt. Mit großem Abstand stimmten 68 Prozent der Befragten der Aussage zu, dass zu wenig über die politische Arbeit in der Kommune informiert und dafür geworben werde (Körber-Stiftung 2023).

19 Eigene Einnahmen generieren sie v. a. über die Grund- und Gewerbesteuer, Verwaltungs- und Benutzungsgebühren sowie vorübergehend über Kreditaufnahme.

Mitteln, kann im Gemeinderat die Stadtentwicklung weniger sichtbar vorangetrieben werden und es kommt eher zu unpopulären Entscheidungen (z. B. Gebührenerhöhungen oder Leistungseinschränkungen). Unter diesen Bedingungen können die Unzufriedenheit vor Ort und der Druck auf die Gemeinderatsmitglieder wachsen (Lenk et al. 2023: 2; Fremerey et al. 2024). Außerdem kann weniger Personal, das die Tätigkeiten der Kommune verwaltungsseitig oder bei der Umsetzung unterstützt, finanziert werden.²⁰ In solchen Kommunen könnte die Bereitschaft niedriger sein, sich im Gemeinderat zu engagieren.

Größe der Kommune. Widersprüchlich sind die Forschungsbefunde zum Einfluss von flächenmäßiger Größe und Bevölkerungszahl einer Kommune auf die politische Beteiligung (Ebinger et al. 2019: 12ff.). Zwar wird übereinstimmend in kleineren Kommunen ein engerer Kontakt zu den Gemeinderatsmitgliedern beobachtet als in größeren Einheiten (van Houwelingen 2017). Dies könnte den individuellen Zugang interessierter Bürger zu entsprechenden Netzwerken und damit die Wahrscheinlichkeit, auf eine Kandidatur für den Gemeinderat angesprochen zu werden, steigern. Für größere Einheiten wird in der Literatur argumentiert, dass dort aufgrund einer höheren Wichtigkeit der Einheit und der von ihr getroffenen Entscheidungen, einer stärkeren Rolle der Parteien und einer damit einhergehenden höheren Professionalisierung mehr politisches Interesse und eine höhere politische Beteiligung bestehen (Dahl & Tufte 1973; Verba & Nie 1972; Verba et al. 1978; Denters et al. 2014; Ems 2016). Ebenso wichtig ist uns aber mit Blick auf die obigen Ausführungen, dass in größeren Kommunen der Anteil von Menschen mit einem engagementförderlichen Profil tendenziell höher ist. Demzufolge erwarten wir, dass in größeren Kommunen die Kandidaturbereitschaft höher ausfällt.²¹

20 Die Übersicht der Kommunalfinanzen und Personalbestände in Sachsen zeigt hier deutliche Unterschiede zwischen den Städten und Gemeinden (<https://www.statistik.sachsen.de/html/kommunale-steuereinnahmen-realsteuervergleich.html>; zuletzt abgerufen am 29.01.2026).

21 Allerdings wird in der Literatur teilweise argumentiert, dass es in größeren politisch-administrativen Einheiten eine geringere soziale Kohäsion gibt, die Entscheidungsinstanzen als weiter entfernt empfunden werden, die mit einem Mandat verbundene Arbeitsbelastung höher und die Wege weiter sind. Diese Faktoren würden die politische Beteiligung senken.

Zusätzlich zu diesen Annahmen, die sich mehr oder weniger direkt aus dem Forschungsstand ableiten, lassen sich weitere Faktoren benennen, die die Kandidaturbereitschaft begünstigen können. Dazu gehören Merkmale der Politik in der Kommune, auf die wir im Folgenden genauer eingehen:

Verankerung lokalpolitischer Gremien. Vielfach weisen Studien darauf hin, dass die Kommunen als „Schule der Demokratie“ fungieren. In ihnen „werden demokratische Verhaltensweisen und politische Fähigkeiten ausgebildet“ (Bogumil & Holtkamp 2013: 8). Wo es bereits lokale politische Gremien gibt, beispielsweise Ortschaftsräte, bilden sich daher eingübte Praktiken der Beteiligung heraus und die Selbstwirksamkeitserfahrung wird gestärkt. Wie bei jedem Engagement erfahren die Aktiven „Vertrauen, Anerkennung und Selbstwirksamkeit“ (Deutscher Bundestag 2024: 50). Dies fördert den erlebten Nutzen des Engagements und damit vermutlich die weitere Engagementbereitschaft. Die Anzahl der Ortschaftsräte steht auch für die Akzeptanz unterschiedlicher Interessenlagen in der Kommune und für das Selbstbewusstsein der Ortsteile. Ortschaftsräte werden oft bei Eingemeindungen als Ersatz für die verlorene kommunale Selbstständigkeit eines Ortes eingerichtet. Die Kandidaturbereitschaft für den Gemeinderat ist möglicherweise größer, weil die Menschen in den Ortsteilen politische Selbstorganisation gewohnt sind und ein größeres Interesse daran haben, sich im Gemeinderat für die Belange ihres Ortsteils einzusetzen.

Kommunalpolitische Partizipation. Zu vermuten ist außerdem, dass in Kommunen mit einer höheren Beteiligung an Gemeinderats- bzw. Ortschaftsratswahlen das Interesse (auch) an der Kommunalpolitik größer ist. Diejenigen, die zur Wahlurne schreiten, messen dieser Entscheidung eine besondere Bedeutung bei, die die Teilnahme lohnenswert macht. In einem solchen Umfeld kann die Mitwirkung im Gemeinderat als besonders attraktiv empfunden werden. Auch falls eine höhere Beteiligung an den lokalen Wahlen durch Konflikte angetrieben werden sollte, kann dies die Kandidaturbereitschaft steigern, weil die Mitwirkung im Gemeinderat es ermöglicht, Einfluss auf die inhaltliche Gestaltung der strittigen Themen zu nehmen. In Städten und Gemeinden mit einer höheren Beteiligung an den Kommunalwahlen kann daher auch die Zahl der Kandidaturen höher ausfallen.

Offenheit der Wahl. Politische Gelegenheitsstrukturen vor Ort werden vermutlich auch durch die Wahlergebnisse beeinflusst. In Kommunen mit stabilen Wahlergebnissen zugunsten einer Partei oder Wählervereinigung sind möglicherweise die Strukturen stark verfestigt und damit die Aussichten, als politischer Neuling für die Gemeinderatswahl aufgestellt oder gewählt zu werden, geringer. Demgegenüber könnte in Kommunen, in denen die Wahlergebnisse volatiler sind, stärker nach Freiwilligen innerhalb

oder außerhalb der bestehenden Netzwerke gesucht werden. Außerdem könnte dort die Bereitschaft, sich im Gemeinderat zu engagieren, größer sein als in Kommunen mit Wahlergebnissen, die über einen längeren Zeitraum stabil sind.

Die nachfolgende Tabelle fasst die Annahmen zur Wirkungsweise der Faktoren zusammen, die in Abschnitt 4 für Sachsen geprüft werden, und berücksichtigt dabei die Verfügbarkeit der notwendigen Daten.

Einflussfaktor	Annahme	Verfügbare Daten
Gemeindegröße	Eine größere Fläche der Kommune bzw. mehr Ortsteile steigern die Kandidaturbereitschaft.	Fläche; Anzahl der Ortsteile
Pendeln	In Kommunen mit einem höheren Anteil von Menschen, die beruflich pendeln, ist die Kandidaturbereitschaft geringer.	Auspendlerquote
Erreichbarkeit eines Mittel-/Oberzentrums	In Kommunen, von denen aus ein Mittel-/Oberzentrum schneller erreichbar ist, ist die Kandidaturbereitschaft größer.	in Minuten berechnete Entfernung zu Mittel-/Oberzentren
Bevölkerungszahl	Eine höhere Bevölkerungszahl steigert die Kandidaturbereitschaft.	Bevölkerungszahl
Alter	In Kommunen mit einem hohen Durchschnittsalter ist die Kandidaturbereitschaft geringer.	Durchschnittsalter
Wirtschaftliche Lage	In wirtschaftsstarken Kommunen mit höherer Beschäftigtenquote ist die Kandidaturbereitschaft größer.	Wachsen-und-Schrumpfen-Index des Bundesinstituts für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR); Gewerbesteuer pro Kopf; Beschäftigtenquote
Finanzkraft	In finanzschwachen Kommunen ist die Kandidaturbereitschaft geringer.	Allgemeine Deckungsmittel pro Kopf
Allgemeines Engagement	In Kommunen mit hoher Engagementquote ist die Kandidaturbereitschaft größer.	Mitglieder der Freiwilligen Feuerwehr ²² pro Kopf; Ehrenamtspauschale pro Kopf
Verankerung lokal-politischer Gremien	Je mehr Entscheidungsgremien in den Ortsteilen verankert sind, desto größer ist die Kandidaturbereitschaft.	Anzahl der Ortschaftsräte
Kommunalpolitische Partizipation	In Orten mit einer höheren kommunalpolitischen Partizipation ist die Bereitschaft zu einer Kandidatur für den Gemeinderat größer.	Wahlbeteiligung bei Gemeinderats-/Ortschaftsratswahlen
Offenheit der Wahl	In Kommunen mit langfristig stabilen Wahlergebnissen zugunsten einer Partei/Wählergruppe ist die Kandidaturbereitschaft niedriger.	über drei Legislaturperioden hinweg stärkste Partei bzw. Wählergemeinschaft im Gemeinderat und Stimmenanteile

Tabelle 3: Potenzielle Erklärungsfaktoren für die Bereitschaft zur Kandidatur für den Gemeinderat in einer Kommune, Quelle: eigene Darstellung.

22. Gemeindegnaue Daten zum Engagement liegen nur für die Freiwillige Feuerwehr und die Ehrenamtspauschale vor.

4. Ursachen der lokalen Spreizung der Kandidaturbereitschaft

Zur Überprüfung der erwarteten Zusammenhänge für Sachsen wurden sowohl für die Kandidaturquote bei den Gemeinderatswahlen 2024 als auch für ihre Entwicklung seit 2014 lineare Regressionsmodelle berechnet. Bei dieser statistischen Analyse geht es darum zu prüfen, welche Faktoren mit der Zahl der Kandidaturen zusammenhängen – und wie stark dieser Zusammenhang jeweils ist (Seng 2020). Viele der untersuchten Einflüsse hängen selbst miteinander zusammen. So kann es beispielsweise sein, dass größere Kommunen besser erreichbar und wirtschaftlich stärker sind und abgelegene Orte eine ältere Bevölkerung haben. Würde man jeden Faktor einzeln betrachten, ließe sich daher nicht unterscheiden, ob ein beobachteter Zusammenhang tatsächlich auf diesen Faktor zurückgeht oder nur indirekt durch andere Bedingungen zustande kommt.

Regressionsmodelle berücksichtigen mehrere Faktoren gleichzeitig. Die Modelle werden dabei schrittweise erweitert: Zunächst betrachten wir grundlegende strukturelle Bedingungen (etwa Lage und Größe einer Kommune), anschließend kommen weitere Einflussbereiche hinzu (Demografie, Wirtschaft, Engagement und schließlich politische Faktoren). Dieses Vorgehen hat zwei Vorteile. Erstens lässt sich so prüfen, wie stark einzelne Faktoren wirken, wenn andere Einflüsse konstant gehalten werden. Zweitens wird sichtbar, welchen zusätzlichen Erklärungsbeitrag neue Faktorengruppen leisten, wenn sie zu bereits berücksichtigten Bedingungen hinzukommen.

Die Reihenfolge der Modelle folgt dabei inhaltlichen Überlegungen: Zuerst werden eher „harte“ Rahmenbedingungen einbezogen, die sich nur langsam verändern (z. B. geografische Lage oder Bevölkerungsstruktur). Danach kommen Faktoren hinzu, die stärker vom lokalen Handeln und vom sozialen Leben vor Ort geprägt sind (z. B. Engagement oder politische Beteiligung). Auf diese Weise lässt sich nachvollziehen, ob die Unterschiede zwischen den Kommunen vor allem durch strukturelle Voraussetzungen erklärt werden können oder ob darüber hinaus das lokale Engagement und die politische Kultur eine eigenständige Rolle spielen. Wichtig ist dabei: Die Modelle „ersetzen“ sich nicht gegenseitig, sondern bauen aufeinander auf. Jedes weitere Modell enthält

die zuvor berücksichtigten Faktoren und ergänzt sie um zusätzliche Aspekte. So wird Schritt für Schritt ein umfassenderes Bild gewonnen. Die abschließende Ergebnisinterpretation beruht deshalb auf dem vollständigsten Modell, das alle relevanten Einflussbereiche gemeinsam betrachtet.

Fünf Faktorenbündel geprüft

Für die Regressionsanalysen zur Kandidaturquote bei den Gemeinderatswahlen 2024 sowie zu ihrer Veränderung zwischen 2014 und 2024 haben wir die verschiedenen oben eingeführten Faktoren zu fünf Bündeln bzw. Modellen zusammengefasst. Strukturelle Voraussetzungen werden mit geografisch-infrastrukturellen Faktoren (Größe, Erreichbarkeit), demografischen und wirtschaftlichen Faktoren erfasst. Das Beteiligungsklima wird mit gesellschaftlichem Engagement sowie der politischen Beteiligung (Wahlbeteiligung, Ortschaftsräte) erfasst.

- (1) Das geografisch-infrastrukturelle Modell (modell_geo) bildet den Einfluss der Fläche der Gemeinde, der Anzahl der Ortsteile sowie der Erreichbarkeit des jeweils nächsten Mittel- bzw. Oberzentrums²³ auf die Kandidaturbereitschaft ab.
- (2) Das demografische Modell (modell_demo) umfasst zusätzlich die Bevölkerungszahl, das lokale Durchschnittsalter sowie die relative Veränderung dieser Faktoren seit 2014.
- (3) Das wirtschaftliche Modell (modell_wirt) enthält außerdem den Anteil der Auspendlerinnen und Auspendler, die Entwicklung der Beschäftigtenquote seit 2014, den BBSR-Index für wirtschaftlich wachsende und schrumpfende Gemeinden, die Höhe der Gewerbesteuererinnahmen pro Kopf und die Entwicklung der Allgemeinen Deckungsmittel (ADM) der Kommunen seit 2020.
- (4) Das gesellschaftliche Modell (modell_enga) berücksichtigt auch das gesellschaftliche Engagement. In Ermangelung anderer Daten wird dieses näherungsweise anhand der bei der Freiwilligen Feuerwehr aktiven Personen (auf 10.000 Einwohnerinnen und Einwohner gerechnet) sowie der Höhe der 2024 ausgezahlten Ehrenamtszuschläge pro Kopf gemessen.

23 In unserem Datensatz gibt es auch Kommunen, die selbst Mittel- bzw. Oberzentrum sind. Sie weisen dementsprechend eine Erreichbarkeit von 0 Minuten zum nächsten Mittel- bzw. Oberzentrum auf.

(5) In das politische Modell (modell_pol) werden zusätzlich die Anzahl der Ortschaftsräte sowie die Entwicklung der Wahlbeteiligung sowohl bei den Gemeinderats- als auch bei den Ortschaftsratswahlen seit 2014 aufgenommen. Darüber hinaus wird mit der Variablen „GR Konstanz Wahlsieger“ berücksichtigt, ob seit 2014 immer der gleiche Wahlvorschlagsträger (Partei beziehungsweise Wählervereinigung) die meisten Stimmen bei den Gemeinderatswahlen erhielt, um die Offenheit der Gemeinderatswahl abbilden zu können.

Die blockweise Vorgehensweise ermöglicht eine transparente Prüfung, inwieweit zusätzliche Faktorengruppen zur Erklärung des Kandidaturverhaltens beitragen.²⁴ Unsere nachfolgende Interpretation der Regressionsmodelle konzentriert sich sowohl bei der Anzahl der Kandidaturen pro Gemeinderatssitz im Jahr 2024 als auch bei der Entwicklung der Kandidaturquote zwischen 2014 und 2024 auf das vollständige politische Modell, weil dieses die theoretisch umfassendste Spezifikation darstellt. Der Fokus der Erläuterung ist jeweils auf die statistisch signifikanten Faktoren gerichtet.²⁵

Kandidaturquote 2024: Demografie, Größe und Erreichbarkeit wichtig

Die lokalen Unterschiede hinsichtlich der Bereitschaft zur Kandidatur für den Gemeinderat im Jahr 2024 lassen sich durch strukturelle Rahmenbedingungen (Demografie, Lage, Infrastruktur) und das lokale Beteiligungsklima statistisch gut erklären. Zu den insgesamt stärksten Faktoren, die robust über alle Modelle hinweg signifikant sind, zählen die Entfernung zum nächsten Mittelzentrum, die Bevölkerungszahl, die Entwicklung des Durchschnittsalters der Bevölkerung vor Ort, der Anteil der Auspendlerinnen und Auspendler und die Ehrenamtszuschale. Diese Faktoren tragen substantiell zur Erklärung der Kandidaturquote im Jahr 2024 bei. Die Richtung der Effekte bleibt über die Modelle hinweg gleich (d. h.

ein Faktor wirkt durchgängig entweder erhöhend oder verringern auf die Kandidaturquote).

Geografisch-infrastrukturelle Rahmenbedingungen.

Die geografisch-infrastrukturellen Faktoren zeigen insgesamt einen messbaren, aber unterschiedlich starken Einfluss. So steigt die Zahl der Kandidaturen pro Gemeinderatssitz rechnerisch leicht mit der Größe der Kommune: Pro zusätzlichem Quadratkilometer Fläche erhöht sich die Kandidaturquote um 0,004. Dieser Effekt ist allerdings sehr gering. Selbst bei einer um 100 Quadratkilometer größeren Fläche einer Gemeinde würde die Kandidaturquote nur um etwa 0,4 steigen. Ähnlich verhält es sich mit der Zahl der Ortsteile: Jeder zusätzliche Ortsteil geht mit einem Anstieg der Kandidaturquote um 0,014 einher. Auch dieser Effekt ist vergleichsweise klein. Deutlich stärker fällt dagegen der Einfluss der Erreichbarkeit aus. Mit jeder zusätzlichen Minute Fahrzeit zum nächsten Mittelzentrum sinkt die Kandidaturquote um 0,045. Eine um zehn Minuten schlechtere Erreichbarkeit geht damit im Durchschnitt mit rund 0,45 weniger Kandidaturen pro Sitz einher. Insgesamt zeigt sich damit: Während Größe und Binnenstruktur einer Kommune nur einen geringen Einfluss haben, wirken sich ihre Lage und Erreichbarkeit deutlich stärker auf die Kandidaturbereitschaft aus.

Demografisches Modell. Werden zusätzlich die demografischen Faktoren berücksichtigt, dann verschiebt sich das Bild deutlich. Die zuvor beobachteten Effekte von Fläche und Ortsteilen verlieren an Bedeutung, während die Bevölkerungsstruktur stärker in den Vordergrund tritt. Besonders relevant ist die Bevölkerungszahl: In größeren Kommunen ist die Kandidaturquote höher. Das deutet darauf hin, dass dort ein größerer Pool potenziell engagierter Personen zur Verfügung steht. Gleichzeitig zeigt sich ein klarer Zusammenhang mit der Altersentwicklung. Wenn das Durchschnittsalter in einer Kommune stärker steigt als im sächsischen Durchschnitt, dann sinkt die Kandidaturquote deutlich. Ein überdurchschnittlicher Anstieg des Durchschnittsalters um einen Prozentpunkt geht mit rund 0,07 weniger Kandidaturen pro Sitz einher. Auch die Erreichbarkeit bleibt bedeutsam, ihr Einfluss fällt jedoch geringer aus als im rein geografischen Modell. Insgesamt wird deutlich: Demografische Faktoren – insbesondere Bevölkerungsgröße und Alterung – erklären die Unterschiede zwischen den Kommunen besser als rein räumliche Merkmale.

24 Zur Bewertung der Erklärungskraft der einzelnen Gruppen wird der Zuwachs des korrigierten Bestimmtheitsmaß „adjusted R²“ verwendet. Die Werte von R² können zwischen 0 und 1 liegen. Wenn neu hinzugefügte Variablen einen relevanten zusätzlichen Erklärungsbeitrag leisten, steigt das Maß; 1 bedeutet, dass die genutzten Erklärungsfaktoren die Kandidaturquote vollständig erklären.

25 Signifikante Faktoren haben eine hohe statistische Erklärungskraft, die nicht auf zufälligen Zusammenhängen beruht.

Wirtschaftliches Modell. Ergänzt man die wirtschaftlichen Faktoren, bleibt das Grundmuster weitgehend stabil. Die zentralen Zusammenhänge aus dem demografischen Modell bleiben bestehen. Hinzu kommt jedoch ein weiterer wichtiger Faktor: der Anteil der Auspendlerinnen und Auspendler. Steigt dieser um einen Prozentpunkt, dann sinkt die Kandidaturquote um rund 0,02. Auf den ersten Blick wirkt dieser Effekt klein. In der Praxis kann er jedoch erheblich sein: Liegt der Pendleranteil in einer Kommune beispielsweise um 10 Prozentpunkte höher, entspricht dies im Durchschnitt rund 0,22 Kandidaturen weniger pro Sitz.²⁶ Das deutet darauf hin, dass zeitliche Belastungen und längere Arbeitswege die Bereitschaft zur kommunalpolitischen Mitarbeit spürbar verringern. Insgesamt zeigt sich: Wirtschaftliche Faktoren verändern das Bild weniger stark als demografische, liefern aber wichtige zusätzliche Hinweise auf die Rolle von Zeitressourcen im Alltag.

Gesellschaftliches Engagement. Wird das gesellschaftliche Engagement berücksichtigt, bleiben die zuvor identifizierten Faktoren stabil. Zusätzlich zeigt sich ein positiver Zusammenhang mit der Ehrenamtspauschale. Steigt diese rechnerisch um einen Euro pro Kopf, erhöht sich die Kandidaturquote um etwa 0,03. Auch dieser Effekt ist moderat, deutet aber darauf hin, dass eine bessere Förderung des Ehrenamts die Bereitschaft zur Kandidatur unterstützen kann. Insgesamt bestätigt sich: Engagement wirkt weniger als eigenständiger Treiber, sondern vor allem im Zusammenspiel mit günstigen strukturellen Bedingungen.

Politisches Modell. Im vollständigen Modell bleiben die zentralen Zusammenhänge bestehen. Besonders robust sind die Effekte von Erreichbarkeit (Mittelzentrum), Bevölkerungszahl, Altersentwicklung, Auspendleranteil und Ehrenamtspauschale. Neu hinzu kommt der Einfluss lokalpolitischer Strukturen: Mit jedem zusätzlichen Ortschaftsratsrat steigt die Kandidaturquote um etwa 0,03; und wenn die Entwicklung der Anzahl der Kandidaturen bei den Ortschaftsratswahlen um einen Prozentpunkt höher als im Durchschnitt aller sächsischen Gemeinden ausfällt, dann sinkt

die Kandidaturquote bei den Gemeinderatswahlen um 0,002. Diese Effekte sind zwar signifikant, aber nicht sehr stark. Unter Berücksichtigung aller Faktoren sprechen die Ergebnisse dafür, dass vor allem strukturelle Rahmenbedingungen und zeitliche Ressourcen entscheidend dafür sind, ob sich Menschen für eine Kandidatur im Gemeinderat entscheiden. Dieses Modell erklärt 55 Prozent der Varianz der Bewerbungsquote (siehe Tabelle A1 im Anhang).

Entwicklung der Kandidaturquote seit 2014: Demografie wichtig

Im Gegensatz zur Kandidaturquote im Jahr 2024 erklären die verwendeten Faktoren die Entwicklung der Kandidaturquote seit 2014, d.h. die Zunahme oder Abnahme der Kandidaturbereitschaft im Zeitverlauf, nur in eingeschränktem Maße. Zusammengenommen können die Faktoren nur rund 15 Prozent der lokalen Unterschiede der Entwicklung der Kandidaturquote erklären (siehe Tabelle A2 im Anhang). Am deutlichsten zeigt sich noch ein Zusammenhang mit der demografischen Entwicklung: Kommunen, in denen die Bevölkerung deutlich überdurchschnittlich alterte, verzeichneten häufiger einen Rückgang der Kandidaturquote.

Dass die Erklärungskraft für die Veränderungswerte wesentlich geringer ist als für die Kandidaturquote 2024, kann bedeuten, dass viele Veränderungen von weiteren lokalen Faktoren abhängen, die in den verfügbaren Daten nicht abgebildet sind – beispielsweise von konkreten politischen Konflikten, Persönlichkeiten oder Ereignissen vor Ort. Sie ist aber auch methodisch erklärbar. So beeinflusst das Ausgangsniveau der Kandidaturbereitschaft unter anderem, wie stark die Veränderung im Verlauf unseres Untersuchungszeitraumes ausfallen kann. In Kommunen mit bereits niedrigerer Kandidaturquote im Jahr 2014 ist nur ein begrenzter Rückgang möglich, weil die Quote den unteren Grenzwert von 0 Kandidaturen pro Sitz nicht unterschreiten kann. Umgekehrt ist in Kommunen mit einer hohen Kandidaturquote ein weiterer Anstieg tendenziell weniger wahrscheinlich als in Kommunen, in denen 2014 noch deutliches Potenzial nach oben bestand.

Hinzu kommt, dass die Messung der prozentualen Veränderung zu einer wesentlich höheren Spannweite der Werte führt als die Messung der Kandidaturquote

26 In einer Kommune mit 20 Gemeinderatssitzen entspricht das im Durchschnitt ungefähr vier Personen weniger, d. h. 36 statt 40 Personen, wenn man annimmt, dass die Gemeinden in allen anderen Punkten vergleichbar sind. Das Modell ist aber nicht darauf ausgelegt, Prognosen für einzelne Kommunen aufzustellen.

zu einem bestimmten Zeitpunkt: Erreichte die Kandidaturquote im Jahr 2024 beispielsweise Werte zwischen 0,6 und 6,5, so schwankte die Veränderung gegenüber 2014 zwischen -65,8 Prozent und +120 Prozent. Veränderungen bei einem niedrigeren Ausgangsniveau werden auf diese Weise überakzentuiert, Veränderungen bei hohen Ausgangswerten erscheinen relativ gedämpft.

Zudem wurde bereits aufgezeigt, dass das Kandidaturverhalten in vielen Kommunen zwischen 2014 und 2024 relativ stabil war. Es gab Orte mit konstant relativ hoher Bewerberquote und solche mit relativ niedriger (siehe Abbildung 4 in Abschnitt 2). Dadurch gibt es insgesamt weniger Veränderung, die überhaupt erklärt werden kann; und die kurzfristigen Veränderungen lassen sich weniger gut mithilfe struktureller Faktoren erklären als die grundsätzlichen Unterschiede zwischen den Kommunen.

Trotz dieser Einschränkungen zeigen sich einige wiederkehrende Muster: Am deutlichsten ist der erwähnte Effekt eines Altersanstiegs. In Kommunen, in denen das Durchschnittsalter stärker als im Landesdurchschnitt stieg, ging die Kandidaturquote erheblich zurück. Daneben trug – statistisch betrachtet – eine größere Fläche der Kommune tendenziell zu einer rückläufigen Entwicklung der Kandidaturbereitschaft bei. Positiv wirkten sich dagegen ein stärkeres ehrenamtliches Engagement in der Freiwilligen Feuerwehr sowie eine überdurchschnittlich steigende Beteiligung an Gemeinde- und Ortschaftsratswahlen aus. In Kommunen, in denen mehr Menschen an lokalen Wahlen teilnahmen oder sich in lokalen Strukturen engagierten, entwickelte sich die Kandidaturbereitschaft also tendenziell günstiger. Dies konnte negative Effekte der Alterung zumindest teilweise abfedern. Andere wirtschaftliche Faktoren, beispielsweise der Anteil der Auspendlerinnen und Auspendler, zeigten zwar teilweise statistische Zusammenhänge, diese sind jedoch weniger stabil über die gerechneten Regressionsmodelle und fallen deutlich schwächer aus.

Wichtig ist: Die Veränderung der Kandidaturquote ist nur Teil eines größeren Bildes. Selbst bei einem deutlichen Rückgang zwischen 2014 und 2024 konnte das Niveau der Kandidaturbereitschaft im Vergleich mit anderen Kommunen weiterhin hoch ausfallen. Beispielsweise sank in den Kommunen des Landkreises Leipzig die Anzahl der Kandidierenden im

Durchschnitt um 4,9 Prozent, doch lag die Zahl der Kandidaturen pro Sitz 2024 mit 2,3 noch über dem sachsenweiten Mittelwert von 2,0 (siehe Tabellen 1 und 2 in Abschnitt 2). Ebenfalls überdurchschnittlich ist der Mittelwert für die absolute Zahl der Kandidierenden in den Kommunen des Landkreises Leipzig (42,2; sachsenweit: 35,5; siehe Tabelle 1). Die Veränderungswerte erfassen also nicht das gesamte Ausmaß der Gewinnbarkeit von Menschen für eine Mitarbeit im Gemeinderat.

5. Fazit: Was heißt das für Kommunen?

Die Auswertung der Wahlen in allen kreisangehörigen Städten und Gemeinden in Sachsen seit 2014 zeigt: Die Zahl der Kandidaturen für die Gemeinderäte sinkt zwar im Landesdurchschnitt, aber halbleere Gemeinderäte sind keineswegs überall ein zunehmendes Phänomen. Vielmehr bestehen deutliche Unterschiede zwischen den Kommunen, selbst innerhalb eines Landkreises. Und diese Unterschiede waren im untersuchten Zeitraum tendenziell stabil.

Kandidaturbereitschaft als eine Frage des Umfelds

Ob sich ausreichend viele Menschen für ein kommunalpolitisches Ehrenamt zur Verfügung stellen, hängt primär mit den strukturellen Rahmenbedingungen und dem lokalen Beteiligungsklima vor Ort zusammen; darauf verweisen unsere statistischen Analysen. Die großen Unterschiede zwischen den Kommunen in Bezug auf die Kandidaturbereitschaft bei den Gemeinderatswahlen erklären sich vor allem durch recht stabile Rahmenbedingungen wie die Bevölkerungszahl der Kommune, die Nähe zu einem Mittelzentrum, die Altersstruktur, das allgemeine Engagement und das Interesse an Lokalpolitik. Wo die Bevölkerung einen größeren Pool an Personen mit einem engagementförderlichen Profil umfasst, kommunalpolitisches Engagement gut in den Alltag integrierbar ist, finden sich eher Kandidatinnen und Kandidaten.

Zeitliche Abkömmllichkeit als wichtiger Engpass

Ein besonders starker Zusammenhang zeigt sich auch mit dem Anteil der Auspendlerinnen und Auspendler. In sächsischen Kommunen, in denen viele Menschen

für die Arbeit oder Ausbildung weite Wege zurücklegen müssen, fällt die Kandidaturbereitschaft deutlich geringer aus. Das deutet darauf hin, dass kommunalpolitisches Ehrenamt weniger an politischem Interesse scheitert, sondern häufig an Zeitknappheit und Vereinbarkeitsproblemen. Maßnahmen zur Reduzierung der Sitzungszeiten, der Gremienarbeit oder des Wegeaufwands (z. B. digitale oder hybride Formate) könnten dazu beitragen, solche Hürden zu senken. Die Kosten des Engagements sinken dadurch.

Engagement entsteht dort, wo Engagement gelebt wird

Kommunen mit einer hohen Dichte an ehrenamtlichem Engagement – etwa in Vereinen oder der Freiwilligen Feuerwehr – weisen im Durchschnitt auch eine höhere Kandidaturquote auf. Kandidaturen für den Gemeinderat erscheinen dort möglicherweise als weitere Facette des Engagements für das Gemeinwohl vor Ort, nicht als isolierte politische Entscheidung. Darüber hinaus scheint die Einbindung in vorpolitische lokale gesellschaftliche Netzwerke ein wichtiger Mechanismus der Nachwuchsgewinnung für kommunale Mandate zu sein. Wer Engagement fördert und Engagierte anspricht, ob sie sich im Gemeinderat engagieren wollen, könnte somit den Pool an Interessierten vergrößern. Ebenso auffällig ist der starke statistische Zusammenhang zwischen der Beteiligung an Gemeinde- und Ortschaftsratswahlen und der Zahl der Kandidaturen. In Kommunen mit einer hohen Wahlbeteiligung kandidieren in der Regel auch mehr Menschen für den Gemeinderat. Hier spiegelt die Kandidaturbereitschaft das generelle Interesse an der Kommunalpolitik bzw. an lokalpolitischer Partizipation in der Bevölkerung wider.

Veränderungen lassen sich nur begrenzt steuern

Die Analyse der Entwicklung zwischen 2014 und 2024 zeigt allerdings, dass sich kurzfristige Veränderungen der Kandidaturbereitschaft schwer auf konkrete Ursachen zurückführen und vermutlich nur eingeschränkt steuern lassen. Das hat methodische Gründe. Erfasst man die Veränderung zwischen 2014 und 2024 als prozentuale Veränderung der Kandidaturquote, so spielt der Anstieg des lokalen Durchschnittsalters als langfristiger struktureller Trend von den untersuchten Faktoren die größte Rolle. Gerade eine überdurchschnittlich älter werdende Bevölkerung geht mit

einer sinkenden lokalen Kandidaturquote einher. Legt man die Ergebnisse für die Wahlen 2024 zugrunde, so könnten eine allgemeine Strukturpolitik und die Förderung von Engagement, Beteiligung und der Vereinbarkeit von Beruf und Gemeinderatstätigkeit genutzt werden, um die Kandidaturbereitschaft zu steigern, aber dabei bedarf es eines langen Atems.

Anhang

Tabelle A1: Regressionsmodelle für Kandidaturquote 2024

	modell_geo		modell_demo		modell_wirt		modell_enga		modell_pol	
Variable	Estimates	p-Wert	Estimates	p-Wert	Estimates	p-Wert	Estimates	p-Wert	Estimates	p-Wert
Intercept	2.250	<0.001	0.913	0.358	4.235	<0.001	4.299	0.001	3.712	0.002
Fläche 2022_km²	0.004	0.007	0.001	0.410	-0.001	0.469	-0.001	0.703	-0.002	0.158
OT_Anzahl	0.014	0.014	0.001	0.861	0.003	0.472	0.005	0.323	0.006	0.224
Erreichbarkeit von Mittelzentren_2021_Min	-0.045	<0.001	-0.016	0.001	-0.019	<0.001	-0.017	0.001	-0.014	0.005
Erreichbarkeit von Oberzentren_2021_Min	-0.001	0.682	0.005	0.053	0.002	0.533	0.002	0.486	0.003	0.269
Bevölkerung_23			0.000	<0.001	0.000	<0.001	0.000	<0.001	0.000	<0.001
Bevölkerung_Diff_14-23_%_z			0.013	0.116	0.012	0.175	0.009	0.349	0.011	0.241
Durchschnittsalter Bevölkerung_23 [BBSR]			0.016	0.450	-0.013	0.525	-0.019	0.400	-0.013	0.564
Durchschnittsalter Bevölkerung [BBSR]_Diff_14-23_%_z			-0.068	<0.001	-0.048	0.006	-0.046	0.014	-0.039	0.037
Anteil AuspendlerInnen_2023					-0.022	<0.001	-0.019	<0.001	-0.016	<0.001
Beschäftigtenquote_Diff_14-23_%_z					0.001	0.357	0.001	0.334	0.001	0.321
BBSR-Index_Wachsen und Schrumpfen_17-22					0.061	0.117	0.065	0.112	0.061	0.126
ADM je EW_ Diff_20-24_%					-0.001	0.257	-0.001	0.443	-0.001	0.292
Gewerbesteuer in € je Einwohner					0.000	0.810	0.000	0.580	0.000	0.647
FFW aktiv pro 10T Ew_25							-0.001	0.081	-0.000	0.102
Ehrenamtszuschale_je Ew_in €_2024							0.032	0.032	0.032	0.028
GR_Wahlb_Diff_14-24_%									0.003	0.207
GR_Konstanz Wahlsieger									-0.032	0.590
OR_Anzahl									0.033	0.012
OR_Bew_Diff_14-24_%_									0.002	<0.001
Beobachtungen	415		415		414		395		395	
R² / adjustiertes R²	0.227 / 0.219		0.493 / 0.483		0.532 / 0.516		0.540 / 0.522		0.569 / 0.547	

Tabelle A2: Regressionsmodelle für Entwicklung der Kandidaturquote (2014-2024)

	modell_geo		modell_demo		modell_wirt		modell_enga		modell_pol	
Variable	Estimates	p-Wert	Estimates	p-Wert	Estimates	p-Wert	Estimates	p-Wert	Estimates	p-Wert
Intercept	8.879	0.049	93.640	0.065	151.800	0.012	103.000	0.111	77.470	0.214
Fläche 2022_km²	-0.040	0.542	-0.062	0.336	-0.103	0.147	-0.149	0.053	-0.242	0.004
OT_Anzahl	0.016	0.948	-0.195	0.411	-0.181	0.459	-0.120	0.625	-0.041	0.865
Erreichbarkeit von Mittelzentren_2021_Min	-0.607	0.010	-0.289	0.252	-0.335	0.185	-0.404	0.122	-0.188	0.457
Erreichbarkeit von Oberzentren_2021_Min	0.011	0.927	0.134	0.280	0.083	0.518	0.077	0.556	0.101	0.445
Bevölkerung_23			0.000	0.074	0.000	0.874	0.000	0.654	0.000	0.731
Bevölkerung_Diff_14-23_%_z			0.096	0.818	-0.047	0.922	0.166	0.747	0.185	0.710
Durchschnittsalter Bevölkerung_23 [BBSR]			-1.901	0.073	-2.415	0.027	-1.533	0.201	-1.230	0.287
Durchschnittsalter Bevölkerung [BBSR]_Diff_14-23_%_z			-2.717	0.003	-2.305	0.013	-2.558	0.010	-2.143	0.025
Anteil AuspendlerInnen_2023					-0.416	0.049	-0.420	0.058	-0.407	0.060
Beschäftigtenquote_Diff_14-23_%_z					0.073	0.227	0.073	0.222	0.062	0.286
BBSR-Index_Wachsen und Schrumpfen_17-22					2.652	0.191	2.874	0.176	3.336	0.103
ADM je EW_ Diff_20-24_%					0.036	0.285	0.023	0.500	0.004	0.910
Gewerbesteuer in € je Einwohner					0.000	0.818	0.001	0.621	0.002	0.230
FFW aktiv pro 10T Ew_25							0.018	0.233	0.40	0.010
Ehrenamtszuschale_je Ew_in €_2024							1.188	0.127	1.379	0.066
GR_Wahlb_Diff_14-24_%									0.731	<0.001
GR_Konstanz Wahlsieger									1.617	0.596
OR_Anzahl									0.872	0.196
OR_Bew_Diff_14-24_%_									0.060	0.018
Beobachtungen	415		415		414		395		395	
R² / adjustiertes R²	0.018 / 0.009		0.086 / 0.068		0.105 / 0.076		0.114 / 0.079		0.194 / 0.154	

Literatur- und Quellenverzeichnis

Arriagada, Céline & Tesch-Römer, Clemens (2022): Politische Partizipation. In: Simonson, Julia, Kelle, Nadiya, Kausmann, Corinna & Tesch-Römer, Clemens (Hrsg.): Freiwilliges Engagement in Deutschland. Der Deutsche Freiwilligensurvey 2019. Wiesbaden: 263-289.

Bogumil, Jörg & Holtkamp, Lars (2013): Kommunalpolitik und Kommunalverwaltung. Eine praxisorientierte Einführung. Bonn.

Brachert, Matthias, Holtmann, Everhard & Jaeck, Tobias (2020): Einflüsse des Lebensumfelds auf politische Einstellungen und Wahlverhalten. Eine vergleichende Analyse der Landtagswahlen 2019 in drei ostdeutschen Bundesländern. Bonn.

Burkhardt, Luise & Kausmann, Corinna & Siegers, Pascal (2019): Politische und gesellschaftliche Einstellungen: soziokulturelle Grundlagen von Selbstorganisation. In: Krimmer, Holger (Hrsg.): Datenreport Zivilgesellschaft. Wiesbaden: 145-160.

Collignon, Sofia & Rüdiger, Wolfgang (2021): Increasing the cost of female representation? The gendered effects of harassment, abuse and intimidation towards Parliamentary candidates in the UK, in: Journal of Elections, Public Opinion and Parties (31) 4: 429-449. doi: [10.1080/17457289.2021.1968413](https://doi.org/10.1080/17457289.2021.1968413).

Cremaschi, Simone, Rettl, Paula, Cappelluti, Marco & de Vries, Catherine E. (2025): Geographies of Discontent. Public Service Deprivation and the Rise of the Far Right in Italy, in: American Journal of Political Science (69) 4: 1581-1599. Doi: [10.1111/ajps.12936](https://doi.org/10.1111/ajps.12936).

Dahl, Robert A. & Tufte, Edward R. (1973): Size and Democracy. Stanford (California).

Denters, S.A.H., Goldsmith, Michael, Ladner, Andreas, Mouritzen, Poul Erik & Rose, Lawrence E. (2014): Size and Local Democracy. Cheltenham.

Deutscher Bundestag (2024): Unterrichtung durch die Bundesregierung. Vierter Engagementbericht Zugangschancen zum freiwilligen Engagement und Stellungnahme der Bundesregierung. Drucksache 20/14120.

Ebinger, Falk, Kuhlmann, Sabine & Bogumil, Jörg (2019): Territorial reforms in Europe: effects on administrative performance and democratic participation, in: Local Government Studies (45) 1: 1-23. Doi: [10.1080/03003930.2018.1530660](https://doi.org/10.1080/03003930.2018.1530660).

Ems, Svenja (2016): Die Kreisgebietsreform im Freistaat Sachsen. Auswirkungen des territorialen Neuzuschnitts auf die Wahrnehmung des kommunalpolitischen Ehrenamts. Potsdam.

Florentino, Stefania, Glasmeier, Amy K., Lobao, Linda, Martin, Ron & Tyler, Peter (2024): 'Left behind places': what are they and why do they matter?, in: Cambridge Journal of Regions, Economy and Society (17) 1: 1-16. Doi: [10.1093/cjres/rsad044](https://doi.org/10.1093/cjres/rsad044).

Forsa (2025): Die Situation von Stadt- und Gemeinderäten. https://koerber-stiftung.de/site/assets/files/46468/ergebnisbericht_die_situation_von_stadt-und_gemeinderaeten.pdf (zuletzt abgerufen am 29.01.2026).

Fremerey, Melinda, Lichter, Andreas & Löffler, Max (2024): Strategies and Consequences of Local Fiscal Consolidation: Evidence from Germany. https://www.iwf.rw.fau.de/files/2024/06/Fremerey_etal2024-LocalFiscalConsolidation_lichter.pdf (zuletzt abgerufen am 29.01.2026).

Geys, Benny, Murdoch, Zuzana & Sørensen, Rune J. (2022): Political (Over)Representation of Public Sector Employees and the Double-Motive Hypothesis: Evidence from Norwegian Register Data (2007-2019), in: Journal of Public Administration Research and Theory (32) 2: 326-341. Doi: [10.1093/jopart/muab034](https://doi.org/10.1093/jopart/muab034).

Gulzar, Saad (2021): Who Enters Politics and Why?, in: Annual Review of Political Science (24) 1: 253-275. DOI: [10.1146/annurev-polisci-051418-051214](https://doi.org/10.1146/annurev-polisci-051418-051214).

Herzog, Dietrich (1975): Politische Karrieren. Selektion und Professionalisierung politischer Führungsgruppen. Opladen.

Kausmann, Corinna, Burkhardt, Luise, Rump, Boris, Kelle, Nadiya, Simonson, Julia & Tesch-Römer, Clemens (2019): Zivilgesellschaftliches Engagement. In: Krimmer, Holger (Hrsg.): Datenreport Zivilgesellschaft. Wiesbaden: 55-91.

Körber-Stiftung (2023): Deutsche verlieren Vertrauen in ihre Demokratie. Umfrage 2023. <https://koerber-stiftung.de/projekte/demokratie-in-der-krise/vertrauensverlust-in-die-demokratie/> (zuletzt abgerufen am 29.01.2026).

Krimmer, Holger (2019): Datenreport Zivilgesellschaft, Wiesbaden: Springer VS.

Lago, Ignacio (2022): Rural decline and satisfaction with democracy, in: Acta Politica (57) 4: 753-771. Doi: [10.1057/s41269-021-00221-8](https://doi.org/10.1057/s41269-021-00221-8).

Lenk, Thomas, Hesse, Mario & Starke, Tim (2023): Gemeindefinanzbericht Sachsen 2022/2023. Leipzig.

Mocanu, Tudorm, Joshi, Jigeeshu & Winkler, Christian (2021): A data-driven analysis of the potential of public transport for German commuters using accessibility indicators, in: European Transport Research Review (13) 54. Doi: [10.1186/s12544-021-00507-0](https://doi.org/10.1186/s12544-021-00507-0).

Norris, Pippa & Lovenduski, Joni (1993): 'If Only More Candidates Came Forward': Supply-Side Explanations of Candidate Selection in Britain, in: British Journal of Political Science (23) 3: 373-408. doi: [10.1017/S0007123400006657](https://doi.org/10.1017/S0007123400006657).

Olk, Thomas & Gensicke, Thomas (2014): Bürgergesellschaftliches Engagement in Ostdeutschland. Stand und Perspektiven, Wiesbaden.

Rehfeld-Staudt, Annette & Rellecke, Werner (2010): Kommunalpolitik im Freistaat Sachsen. In: Kost, Andreas & Wehling, Hans-Georg (Hrsg.): Kommunalpolitik in den deutschen Ländern. Eine Einführung, 2., aktualisierte und überarbeitete Auflage. Wiesbaden: 282-306.

Rodríguez-Pose, Andrés (2018): The revenge of the places that don't matter (and what to do about it), in: Cambridge Journal of Regions, Economy and Society (11) 1: 189-209. doi: [10.1093/cjres/rsx024](https://doi.org/10.1093/cjres/rsx024).

Sächsische Gemeindeordnung [SächsGemO] in der Fassung der Bekanntmachung vom 9. März 2018, die zuletzt durch Artikel 15 des Gesetzes vom 27. Juni 2025 geändert worden ist.

Schmidt, Robyn (2024): Regionaltypische Mobilitätsmuster und Ausbildungsbeteiligung. Wie Stadt-Land-Disparitäten im dualen Berufsausbildungsgeschehen entstehen. Bonn.

Seng, Kilian (2020): Multiple Regressionen mit unabhängigen Beobachtungen. In: Wagemann, Claudius, Goerres, Achim & Siewert, Markus B. (Hrsg.): Handbuch der Methoden der Politikwissenschaft. Wiesbaden: 441-466.

Simonson, Julia, Kelle, Nadiya, Kausmann, Corinna & Tesch-Römer, Clemens (2022): Zentrale Ergebnisse des Deutschen Freiwilligensurveys 2019, In: dies. (Hrsg.): Freiwilliges Engagement in Deutschland. Der Deutsche Freiwilligensurvey 2019, Wiesbaden: 1-7.

Skora, Thomas, Petzold, Knut, Rüger, Heiko (2024): Migration, daily commuting, or second residence? The role of location-specific capital and distance to workplace in regional mobility decisions, in: Demographic Research (50) 33: 967-1004. Doi: [10.4054/DemRes.2024.50.33](https://doi.org/10.4054/DemRes.2024.50.33).

Tausendpfund, Markus (2018): Quantitative Methoden in der Politikwissenschaft. Eine Einführung. Wiesbaden.

van Houwelingen, Pepijn (2017): Political Participation and Municipal Population Size: A Meta-Study, in: Local Government Studies (43) 3: 408-428. Doi: [10.1080/03003930.2017.1300147](https://doi.org/10.1080/03003930.2017.1300147).

Verba, Sidney & Nie, Norman H. (1972): Participation in America. Political Democracy and Social Equality. New York.

Verba, Sidney, Nie, Norman H. & Kim, Jae-On (1978): Participation and Political Equality: A Seven-Nation Comparison. Cambridge.

Völkl, Kerstin (2025): Einleitung: Warum dieses Buch. In: Völkl, Kerstin & Jankowski, Michael (Hrsg.): Gemeinderatswahlen im deutschen Mehrebenensystem. Wählerverhalten und politische Einstellungen auf kommunaler Ebene. Wiesbaden: 25-60.

Impressum

vhw-werkSTADT
ISSN 2367-0819

Herausgeber

vhw Bundesverband für Wohnen und
Stadtentwicklung e. V.
Vorstand: Prof. Dr. Jürgen Aring
Bereichsleiter Forschung: Prof. Dr. Olaf Schnur

Redaktion

Christian Höcke
Céline Lauer

Sitz der Redaktion

Bundesgeschäftsstelle des vhw e. V.
Fritschestraße 27/28
10585 Berlin
T +49 30 390 473-175
F +49 30 390 473-190
E werkstadt@vhw.de
vhw.de

Autorinnen und Autor

Astrid Lorenz, Hendrik Träger, Pauline Fell
(Institut für Politikwissenschaft, Universität
Leipzig)

Erscheinungsweise

unregelmäßig

Bezug

Alle Ausgaben der vhw-werkSTADT sind unter
vhw.de/publikationen/vhw-werkstadt/
kostenfrei herunterzuladen.

Titelbildquelle

© Felix Geringswald/Adobe Stock

Der vhw beauftragt bzw. fördert Forschungsprojekte zu Themen, mit denen er sich im Rahmen seiner inhaltlichen Ausrichtung intensiver befasst. Als Herausgeber der vorliegenden werkSTADT legt der vhw grundsätzlich Wert auf die fachliche und formale Qualität der darin erscheinenden Abhandlungen. Er übernimmt jedoch keine Gewähr für die Korrektheit, Präzision und Vollständigkeit der im Text bereitgestellten Informationen sowie für die Beachtung der Rechte Dritter. Die im Werk vertretenen Ansichten und Meinungen spiegeln darüber hinaus nicht notwendigerweise die Position des Herausgebers wider.